

RATHAUSREPORT

14. Jahrgang

41. Stadtverordnetenversammlung vom 7. November 2007

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 8/07

► Grundschule Pappelallee

► Feldversuch

► Grüne Welle



Der in der StVV beschlossene Bebauungsplan ist die beste Sicherheit dafür, den Uferweg auch für künftige Generationen frei zugänglich zu halten, so Hans-Jürgen Scharfenberg, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.

Am 12. Dezember dieses Jahres wird das Verwaltungsgericht über die Klagen mehrerer Griebnitzseeanwohner, die auf ihre Eigentumsrechte bestehen und das Ufer nicht mit anderen teilen wollen, entscheiden. Sollte das Gericht in deren Sinne entscheiden, würde der Bebauungsplan dennoch gelten. Falls keine Einigung mit den Anwohnern erreicht werden kann, müsste die Stadt dann zum letzten Mittel – der Enteignung – greifen.

Wirtschaftliche Prosperität in Potsdam

Unter dieser Überschrift stellte der Oberbürgermeister in seinem Bericht fest, dass sich alles zum Positiven entwickelt. Man könnte fast glauben, dass es keine Probleme gibt und die Verwaltung alles im Griff hat. Ja, wären da nicht die unliebsamen Details, auf die wir als Opposition natürlich genau schauen. So scheint es sich einzubürgern, dass die Verwaltung mauert und den Stadtverordneten und der Öffentlichkeit nur gefilterte oder falsche Informationen übergibt. Wie ist es anders zu verstehen, wenn die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung der Verwaltung nicht

im Hauptausschuss ausgewertet werden, um entsprechende Schlussfolgerungen für den Fortgang der Verwaltungsreform erarbeiten zu können. Warum gibt es nur scheinbar Informationen über die Zukunft des Tierheimes, warum muss immer erst beharrlich nachgehakt werden, um sich ein Bild über die einzelnen Prozesse verschaffen zu können. Hier wird es noch einiger Anstrengungen bedürfen, um zu einer wirklich vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung zu kommen.



Mit auf den Weg ...

Liebe Leserin, lieber Leser, die vorletzte 2007er Stadtverordnetensitzung schaffte wider Erwarten ihr Programm und das trotz einiger schwerwiegender Themen. So bin ich sehr froh darüber, dass es nach monatelangen, mitunter sehr schwierigen, Diskussionen gelungen ist, einstimmig – bei zwei Enthaltungen – den Bebauungsplan für einen öffentlich begehren Uferweg am Griebnitzsee zu verabschieden. Sicher hatte das auch etwas damit zu tun, dass zahlreiche Vertreter der Bürgerinitiative anwesend waren. Dafür gebührt auch der Verwaltung ein Lob, denn die Einarbeitung der zahlreichen Hinweise und die Erstellung eines zustimmungsfähigen B-Planes waren nicht einfach. Trotz heftiger Gegenwehr seitens der Verwaltung konnten wir den Verzicht auf den Feldversuch für einen künstlichen



Stau in der Zeppelinstraße durchsetzen. Nicht zu unterschätzen ist auch, dass wir erreichen konnten, dass der Entwicklungsträger Bornstedter Feld beauftragt wurde, zum Schuljahr 2010/2011 am Standort Pappelallee eine dreißigjährige Grundschule mit einem Hortgebäude mit 335 Plätzen zu errichten und dabei dafür Sorge zu tragen hat, dass die Unterrichts- und Klassenräume in den der Pappelallee abgewandten Gebäudeteilen untergebracht werden und dass der Haupteingang keinesfalls unmittelbar in den öffentlichen Straßenraum der Pappelallee mündet. Darüber hinaus muss ein Schulwegsicherungskonzept erarbeitet werden und der Ausschuss für Bildung und Sport mit Beginn der Maßnahme einmal pro Quartal über den Stand zu informieren ist. Froh bin ich auch darüber, dass wir eine – wenn auch knappe – Mehrheit für eine Chance zur Erweiterung des Hafengebäudes der Weißen Flotte unter Berücksichtigung der beschlossenen Sanierungsziele „Potsdamer Mitte“ gewinnen konnten. An all diesen Themen werden wir in der für uns typischen Weise hartnäckig dranbleiben. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Mit freundlichen Grüßen

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender und MdL



**im November
Von Jana Schulze**

Soziale Mäntelchen

Es ist schon bemerkenswert, wie SPD und vor allem CDU sich seit dem Näherrücken des Kommunalwahltermins den eigentlichen Problemen der Bürger unserer Stadt zuwenden. Vor allem sozialen Problemen. Es verwundert und lässt den aufmerksamen Verfolger von kommunalpolitischen Diskussionen aufhorchen. Schulsozialarbeit, Belange in der Behindertenpolitik, Mietkosten im Kita-Bereich, und und und. Die Aufzählung ließe sich erweitern. Bei genauerem Hinschauen und vor allem Hin-hören ist allerdings nicht zu vergessen, dass alle aufnotierten Sozialprojekte seit langem und zum Teil mehrfach in Form von Anträgen durch meine Fraktion im politischen Raum beredet und von SPD wie CDU mit steter Dickköpfigkeit als unfinanzierbar oder reiner Populismus abgetan wurden. Nun könnten wir uns ruhig zurücklehnen. Lieber nicht! Denn viele der genannten Themen tauchen in der Stadtverordnetenversammlung zwar in Form von Anträgen auf, werden dann mit kurzen Worten sofort in den zuständigen Fachausschuss überwiesen. Ein Thema, wie kürzlich von der SPD aufgemacht, das Füllen von Schultüten mit Gutscheinen für Musikschule und Schwimmhalle ist alle Ehren wert. Nur leider, davon ist noch kein Schulranzen oder Schulheft gekauft. Oder nehmen wir die strikte Ablehnung unseres Antrages auf Angleichung der Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfänger an die tatsächlichen Mietkosten. Hier wäre aktives Handeln angebracht gewesen. Doch all unser Bemühen lief bei SPD und CDU ins Leere. Soziales Engagement nicht nur auf dem Papier ist gefragt. Es muss in konkreten Beschlüssen für die Bevölkerung Potsdams münden. Es muss Verbesserungen bringen.

Die Autorin ist u. a. Mitglied des Ausschusses für Soziales und für Nachfragen erreichbar unter Telefon: 0331/6 00 50 69

Denkmalwürdig

Auf Antrag der Linksfraktion wurde der Oberbürgermeister beauftragt, das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Museum Brandenburg daraufhin anzusprechen, die Übersicht der denkmalwürdigen Gebäude aus der DDR-Zeit zu aktualisieren und zu vervollständigen. Dabei sind insbesondere typische, aber auch besondere Gebäude zu erfassen, die kennzeichnend für die DDR-Zeit in Potsdam sind. Bis Mai 2008 soll den Stadtverordneten eine entsprechende Übersicht vorgelegt werden.

Kein künstlicher Stau

Trotz heftiger Gegenwehr der Verwaltung und Werbung der SPD für die Ablehnung des Antrags der Linksfraktion, auf die Durchführung eines Feldversuchs zu Stauerscheinungen in der Zeppelinstraße durch Herbeiführung künstlicher Staus zu verzichten, fand der Antrag dennoch eine Mehrheit. Und so werden die Nutzer der Zeppelinstraße davor bewahrt, nach zahlreichen baubedingten Verkehrseinschränkungen auch noch zu Forschungszwecken eingerichtete künstliche Staus erleben zu müssen.

Grüne Welle

Gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde der Antrag der Linksfraktion angenommen, den Oberbürgermeister zu beauftragen, für eine flüssige Verkehrsabwicklung auf dem Hauptstraßennetz der Stadt zu sorgen. Unter Beibehaltung der Bevorrechtung des ÖPNV sind dafür konsequenter als bisher Schaltungen der Ampeln zur „grünen Welle“ vorzunehmen.



Die 1945 zerstörte Synagoge

Synagoge für Potsdam

Auf Antrag der Linksfraktion wurde nach Beratung im Hauptausschuss die klare Positionierung des Zentralrates der Juden in Deutschland für den Bau einer Synagoge in Potsdam begrüßt. Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt das Vorhaben mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten mit der Zielstellung, die Synagoge bis 2012, zum 20. Jahrestag der Verfassung des Landes Brandenburg, fertig zu stellen. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, Sponsoren

zu werben und dem Hauptausschuss der StVV beginnend ab Dezember 2007 halbjährlich über den Stand zu informieren.

Kundenbefragung

Der Oberbürgermeister muss veranlassen, dass in Absprache mit der Potsdamer Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung (PAGA) eine erneute Kundenbefragung durchzuführen ist. Die Ergebnisse sollen im März 2008 dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales vorgestellt werden. Dies erfolgte auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Schulsozialarbeit

Auf Antrag der Linksfraktion wurde der Oberbürgermeister beauftragt, Voraussetzungen zu schaffen, um die Sozialarbeit an Potsdamer Schulen weiter auszubauen. Dabei sollen Prioritäten auf der Grundlage der Auswertung der Erhebung zum Sozialarbeitsbedarf an den Schulen gesetzt werden. Sigrid Müller, DIE LINKE, hatte bei der Begründung des Antrags darauf verwiesen, dass es ihrer Fraktion darauf ankomme, Voraussetzungen zu schaffen, um die bisherige gute Arbeit auf diesem Gebiet an Hand der tatsächlichen Bedarfe fortzusetzen.

Busbahnhof behindertengerecht

Trotz Verweis auf „Wahlkampfangebote“ seitens der CDU stimmte die StVV einstimmig, bei zwei Enthaltungen für den Linksfraktionsantrag, den Oberbürgermeister zu beauftragen, im Zusammenwirken mit dem Verkehrsbetrieb Potsdam zu erreichen, dass die behindertengerechten Anlagen des Busbahnhofs am Hauptbahnhof auch tatsächlich für Menschen mit Behinderungen genutzt werden können.

200 Jahre StVV

Die Vorsitzende der StVV und der Oberbürgermeister wurden – wie von der Linksfraktion beantragt, beauftragt, das 200jährige Jubiläum der StVV, das im März 2009 stattfinden wird, vorzubereiten und dies mit der StVV und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt würdig zu begehen.

Kostenfreie Schülerbeförderung machbar
Auf Antrag der Linksfraktion begrüßt und unterstützt eine Mehrheit der StVV gegen die Stimmen von SPD und CDU, die Volksinitiative „Kostenfreie Schülerbeförderung ist machbar.“

Fuß- und Radtunnel

Eine Mehrheit der StVV folgte dem von Rolf Kutzmutz begründeten Linksfraktionsantrag, den Oberbürgermeister zu beauftragen, zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen ein Fußgänger- und Fahrradtunnel im Bereich Bahngleise der Steinstraße eingerichtet werden kann. Im Januar 2008 soll der OB das Prüfergebnis in der StVV vorlegen.

⌋ Stadtverordnete der Fraktion Die Linke. fragten – die Verwaltung antwortete

Warum der Tierheimbeirat – ein Gremium, zu dem auch Stadtverordnete gehören und welches in den vergangenen fünf Jahren fraktionsübergreifend im Interesse einer Lösung für das Tierheim gearbeitet habe, von der Vergabeentscheidung für das Tierheim Potsdam ausgeschlossen wurden, wollte Rolf Kutzmutz, DIE LINKE, erfahren. Elona Müller referierte, dass sich die Verwaltung „gewünscht“ hätte, den Beirat einbeziehen zu können, dies wurde ihr jedoch nach Hinweis des Rechnungsprüfungsamtes verwehrt, da ansonsten ein „Fehler im Vergabeverfahren“ gemacht worden wäre. Im Vorfeld einer Ausschreibung müsse öffentlich gemacht werden, wer das Vergabegremium sei. Auf Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE, ob es anders gelaufen wäre, wenn zuvor die StVV oder der Hauptausschuss beschlossen hätte, den Beirat einzubeziehen, kam wiederum ein klares Nein. Dies führte zu der Feststellung von Brigitte Oldenburg, DIE LINKE, dass im Vorfeld der Ausschreibung durch die Verwaltung wohl nicht alles geprüft worden und so die Mitwirkung des Beirates verhindert worden sei, was wiederum von der Beigeordneten scharf zurückgewiesen wurde. Es habe seitens der Verwaltung in diesem Zusammenhang keine „Tricksereien oder Manipulationen“ gegeben.

⌋

Nach welchem Modus die Verwaltung aus einem jährlichen Betreuungsbedarf für 165 Hunde, 320 Katzen, 250 Kleintiere und Vögel sowie 35 weitere Tiere, wie Papageien und Reptilien, für die Ausschreibung eine geforderte Mindestkapazität von 50 Hunde- und 80 Katzenplätzen inkl. Quarantäne und Krankenstation abgeleitet habe, wollte Brigitte Oldenburg erfahren. Die Beigeordnete stellte fest, dass es keine gesetzliche Mindestkapazität gebe, aber ein Konzept zum Tierheimneubau, um die tatsächlichen Bedarfe zu ermitteln. Daran habe man sich orientiert und an den Statistiken der letzten fünf Jahre. Zusätzlich habe man eine tierärztliche Dissertation zu Grunde gelegt, um auch die Sicht eines Tierarztes zu haben. Dabei gehe man von vorzuhaltenden Plätzen für 20 Hunde, 32 Katzen und 20 % für den Krankbereich aus. Kleintiere seien auf relativ kleinem Raum zu halten. Zudem müssen nur die auf Potsdamer Territorium gefundenen Tiere aufgenommen werden.

⌋

Zum Fahrplanwechsel am 9. Dezember 2007 wird (wie von der Fraktion DIE LINKE beantragt), die Straßenbahnhaltestelle „Waldstraße“ in „Waldstraße/Horstweg“ umbenannt, beantwortete der Bürgermeister die entsprechende Frage von Jana Schulze, DIE LINKE. Hintergrund für den zugrunde liegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE war, dass Bürgerinnen und Bürger, die die Agentur für Arbeit aufsu-

chen wollen, bislang irritiert waren, da deren Anschrift Horstweg an den öffentlichen Haltestellen bislang nicht zu finden war.

⌋

Das städtische Wohnungsunternehmen Pro Potsdam GmbH ist von den im Jahressteuergesetz 2008 enthaltenen „Nachteilen“ nicht betroffen, da die dafür festgeschriebenen Voraussetzungen für das Unternehmen nicht zutreffen, stellte der Bürgermeister auf die entsprechende Frage von Siegmar Krause, DIE LNKE, fest.

⌋

Welche Absichten seitens der Verwaltung für die Verwertung des bisher vom Tierheim Potsdam genutzten Grundstücks bestünden, wollte Brigitte Oldenburg wissen. Dazu könne man derzeit keine klare Aussage machen, sagte die Beigeordnete. Nach Informationen des KIS sei es bislang nicht verwertbar, da das Grundstück im bisherigen Flächennutzungsplan (FNP) als Tierklinik und im neuen FNP als Wald ausgewiesen sei. Wenn es dennoch verwertet werden soll, sei eine neue Planung erforderlich.

⌋

Welche Maßnahmen die Renaturierung der Grundstücke Werderscher Damm beinhalten, fragte Brigitte Oldenburg, woraufhin die zuständige Beigeordnete darauf hinwies, dass dieser Bereich bereits seit 1999 Bestandteil der naturrechtlichen Renaturierung sei. Es hätten bereits erste umfangreiche Rückbaumaßnahmen stattgefunden, im Mai 2007 seien die entsprechenden Verträge abgeschlossen worden, Ziel sei die vollständige Renaturierung. Im 2. Halbjahr 2008 ist der behutsame Rückbau vorgesehen. Alle Maßnahmen würden aus Kompensationsmitteln finanziert werden.

⌋

Auf eine entsprechende Frage von Brigitte Oldenburg informierte die Sozialbeigeordnete darüber, dass 735 Potsdamerinnen und Potsdamer über 65 Jahre Wohngeld erhalten, keine weitere Sozialhilfe mehr, vielmehr Grundsicherung im Alter; 36 Menschen mit Behinderungen und 21 Blinde.

⌋

In Sorge um die Zerstörung des neu gestalteten Wegesterns vor dem Jagdschloss und dem Kastellanhaus durch den motorisierten Verkehr fragte Brigitte Oldenburg nach, ob beabsichtigt sei, die Querung durch den Fahrzeugverkehr zu unterbinden. Dies verneinte die Baubeigeordnete, da der Wegestern ohne Widmungsbeschränkung öffentlich gewidmet sei und die Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung des motorisierten Verkehrs bestätigt wurde. Der Innenkreis sei in der Kategorie Anliegerstraße befahrbar ausgebaut und

eine Sperrung unzulässig. Dies sei schade, warf Frau Oldenburg ein und fragte nach, wie lange der Belag voraussichtlich halten könnte. Woraufhin die Beigeordnete darauf hinwies, dass im Falle von Schäden die ausrichtende Firma ja in Haftung genommen werden könne.

Auf den Einwurf von Hans-Jürgen Scharfenberg, dass in den Planungen des Wegesterns noch von Buckelpisten die Rede war, die verkehrsberuhigend wirken sollten, diese jetzt aber nicht eingebaut wurden und wer dies veranlasst habe, musste die Beigeordnete passen, sicherte aber eine entsprechende Antwort zu.

⌋



Auch wenn eine entsprechende, nach Stadtteilen geordnete Übersicht nicht vorliege, könne man sagen, dass ein Hausarzt ca. 1.585 Einwohnerinnen und Einwohner betreue. Per 30. Juni 2007 gäbe es 99,6 Hausärzte in der Stadt, woraus ein Versorgungsgrad von 106,4 % resultiere, was eine gute bzw. Überversorgung bedeute, sagte die Sozialbeigeordnete auf die Frage von Brigitte Oldenburg. Auch die Praxis in der Bahnhofstraße werde nun weitergeführt.

⌋

Welche Konsequenzen die geplante Umleitung des fließenden Verkehrs von der Friedrich-Ebert-Straße zwischen Platz der Einheit und Filmmuseum über die Yorckstraße für die Aktivitäten, wie z. B. Straßenfeste, des Nikolaissaales hätte, wollte Karin Schröter, DIE LINKE, wissen. Die Baubeigeordnete sagte, dass es „zeitlich befristete Probleme“ geben werde, im 1. Bauabschnitt gäbe es eine komplette Sperrung, die Zeitabläufe würden noch erarbeitet werden. Die Öffentlichkeit werde darüber zeitnah informiert, auch gäbe es dann Informationen über Auswirkungen auf Sondernutzungen. Derzeit werde dazu ebenfalls ein Konzept erarbeitet. Interessenten, die eine Veranstaltung durchführen wollen, sollten sich rechtzeitig bei der Verwaltung melden, damit diese Vorhaben eventuell berücksichtigt werden könnten. Ziel sei ein störungsfreier Ablauf der Bauarbeiten.



Zur Wiedervorlage

Sozialrabatt

In der nächsten Sitzung des Hauptausschusses wird es darum gehen, ob sich – wie von der Linksfraktion beantragt – die StVV dafür aussprechen soll, dass die Energie und Wasser Potsdam GmbH ab 2008 einen Sozialrabatt für Strom einführt. Hans-Jürgen Scharfenberg hatte bei der Antragsbegründung darauf verwiesen, dass der Energiekonzern Eon für 2008 einen solchen Rabatt angekündigt hat, mit dem finanzschwachen Haushalten auf Antrag die Grundgebühr erlassen werden soll.

Schulsanierung im Blick

Alexander Steinicke, DIE LINKE, begründete den Antrag der Linksfraktion, die Rangfolge der vom KIS geplanten Schulsanierungsmaßnahmen in der Weise zu präzisieren, dass Teilmaßnahmen an

einzelnen Schulen, deren Durchführung unter den Gesichtspunkten des Gesundheitsschutzes und der Verkehrssicherheit von höchster Dringlichkeit sind, den jeweiligen Gesamtmaßnahmen zeitlich vorangestellt werden. Da die SPD dazu noch Diskussionsbedarf sah, wurde der Antrag in die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Gestaltung der Newtonstraße

Die Stadt ist aufgefordert, ihre Hausaufgaben zu machen und Vorschläge für die Gestaltung der Newtonstraße zu machen, begründete Dieter Scharlock, DIE LINKE, den Linksfraktionsantrag, einen Maßnahmenplan zur Gestaltung der Newtonstraße als Teil der im Masterplan definierten „Stadtachse Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld“ in Abstimmung mit den anliegenden Eigentümern zu erarbeiten und der SVV im März 2008 vorzulegen. Auch hier reklamierte die SPD Abstimmungsbedarf

und so werden die Ausschüsse weiter beraten.

Pflegestützpunkte

Der Sozialausschuss berät auf Antrag der Linksfraktion darüber, ob die Verwaltung ihre Vorstellungen, wie Pflegestützpunkte in Potsdam eingerichtet werden können, dalegen muss. Dazu seien derzeit auf Bundesebene Verhandlungen im Gange und die Stadt solle sich auf die Aufgaben einstellen, die die Reform des Pflegegesetzes mit sich bringen werden, so Siegmara Krause, DIE LINKE.

Brocksches Haus

Ob der Oberbürgermeister beauftragt werden soll, umgehend mit dem Investor bzw. Eigentümer des Brockschen Hauses in weitere Gespräche einzutreten, um mögliche Konditionen für einen Mietvertrag oder Mietkauf mit der Stadt zu präzisieren und zu Gunsten der Landeshauptstadt zu gestalten, wird in den Ausschüssen beraten werden. Karin Schröter hatte diesen Antrag ihrer Fraktion damit begründet, dass hier wohl einiges schief gelaufen sei. Das ohne Wissen der Stadtverordneten in Auftrag gegebene Gutachten hätte keine belastbaren Zahlen ergeben, nun soll es neue Zahlen geben, die jedoch niemand kennt, so dass man zu der Auffassung gelangen kann, dass das für das Gutachten ausgegebene Geld bei den Kulturträgern besser aufgehoben gewesen wäre.

Off-Line-Klub

Auf Antrag der Linksfraktion legte der OB eine Mitteilung zum Sachstand beim Off-Line-Klub vor. Damit wird sich jetzt der Hauptausschuss noch einmal beschäftigen müssen, denn beim Potsdam-Besuch des Bildungsministers des Landes Brandenburg wurde öffentlich, dass die bestehende Deckungslücke für die Finanzierung des Klubs auf eine falsche Berechnung des KIS zurückzuführen ist.

Bürgerinitiativenbudgets

Da der Oberbürgermeister auf den Antrag der Linksfraktion, ein Budget für Bürgerinitiativen der Stadt zu prüfen, in seiner entsprechenden Mitteilungsvorlage lediglich über das Verfahren für 2007 informierte, wird sich der Hauptausschuss nun darüber verständigen, wie es damit weiter geht.

Die Mitteilungsvorlagen sind im Übrigen in der Geschäftsstelle der Stadtverordnetenversammlung oder der Linksfraktion einsehbar.



Was – wann – wo

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr
19. und 26. November; 3.; 10. und 17. Dezember 2007

42. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam mit Einwohnerfragestunde

Stadthaus, Plenarsaal
5. Dezember 2007, Beginn 13 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“

Konsum Café am Thalia-Kino, Rudolf-Breitscheid-Straße 50 in Babelsberg
9. Dezember 2007, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 9/2007

Stadthaus, Raum 3.107
14. bis 19. Dezember 2007 (außer Sa. und So.)

Info-Stände der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen

14. Dezember 2007: 14:00 Uhr REWE-Markt, Zentrum Ost
14:30 Uhr Keplerplatz, Am Stern
15:00 Uhr Rathaus Babelsberg
15:00 Uhr Waldstadt-Center, Waldstadt II
16:00 Uhr Havel-Nuthe-Center, Drewitz
15. Dezember 2007: 10:00 Uhr Marktplatz, Kirchsteigfeld
10:00 Uhr Stadtplatz, Am Schlaatz

Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL

am 17. Dezember 2007, von 17.30 bis 19.00 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Vorankmeldungen sind möglich unter:
Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Da der

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Fraktion DIE LINKE, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
eMail: DIE LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119